

Deutschlands Holzweg

R. Brunath, 31.10.2025

Mit der Reformpolitik der **Regierung Schröder** sind 2002 die Veräußerungsgewinne von Unternehmen und Banken steuerlich freigestellt worden. Die Verkaufserlöse wurden in *toxische Wertpapiere* angelegt. Das hat zur Folge gehabt, dass sich US-Finanzinvestoren in alle großen deutschen Konzerne einkauften. Deutschland ist auf diese Weise in den Strudel der folgenden von der USA ausgehenden Finanzkrise geraten. Um die Banken zu retten, wurden ihre Schulden vom Staat übernommen.

Spätestens seit der Finanzkrise 2006-2008 fällt in allen westlichen Staaten die Profitrate drastisch, d.h. die Spanne zwischen Investition und Gewinn wird immer kleiner. Dem kann nur entgegengewirkt werden durch die Erschließung neuer Absatzmärkte, durch billigere Rohstoffe und die Senkung des Arbeitslohnes. Alles dies bietet die Ukraine. Daher das Interesse des Westens an der Ukraine – und der Westen wurde aktiv.

Bei dem Staatstreich in der Ukraine im Februar 2014 haben deutsche und EU-Diplomaten „wie auf dem Basar“ mit ukrainischen Faschisten über die Zahl der Morde verhandelt, die man für erforderlich hielt, um den gewählten ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch aus dem Amt zu drängen. Die Morde wurden ausgeführt von „galizischen Nazis“ sowie acht Scharfschützentruppen von jeweils zehn Mann aus der Westukraine, Polen, Litauen und Georgien. Das US-Portal *The Grayzone* hat ein Papier des *Institute for Statecraft* – einem Ableger der NATO – aus dem Jahre 2014 veröffentlicht, in dem detailliert dargelegt wird, wie man Russland in die Ukraine lockt, um Russland dort eine Niederlage zu bereiten. Aber das erwies sich als fataler Trugschluss.

Die russischen Truppen rücken inzwischen auf breiter Front vor. Mehr als 1,7 Millionen Soldaten der Ukraine sind schon gefallen, vermisst oder übergelaufen. Russland hat zurzeit etwa 780.000 Mann in den Kriegsgebieten. Trump will den Ukraine-Krieg als Verlustgeschäft abschreiben und den Krieg europäisieren. Damit schiebt er die Verantwortung für eine Niederlage seinen Vasallen in Europa zu und macht damit noch ein Geschäft für die Rüstungsindustrie der USA.

Gegenüber der Ukraine vertritt Europa den Standpunkt, *wir liefern die Waffen, ihr liefert die Leichen*. In Deutschland hört man Sätze fallen wie: *die Russen seien eigentlich keine Europäer*, oder: *die Russen hätten eine andere Beziehung zum Tod*. Das alles widerstrebt dem Friedensgedanken der deutschen Verfassung.

Bei dem Treffen mit Trump im August im Weißen Haus sind die EU-Vertreter dagesessen wie Schuljungen, die etwas ausgefressen hatten. Eine totale Unterwerfung. Deutschland hat sich ohne Not in den Ukraine-Krieg hineinziehen lassen und den Sanktionen gegen Russland zugestimmt.

Der „Deal“ zwischen Ursula von der Leyen und Donald Trump im Zoll-Streit geht eindeutig zu Lasten der EU und damit Deutschlands als dem wichtigsten Beitragszahler der EU.

Die deutsche Bevölkerung wird von der Mainstream-Medien über die Ursachen des Krieges nicht informiert und „willentlich hinters Licht geführt.“ Propaganda wird in Deutschland nicht mehr als Zwang empfunden. Die „friedenspolitische Vorstellungskraft“ verkümmert.

In den letzten Jahren hat Europa Hunderte Milliarden Euro in den Ukraine-Krieg gesteckt, davon kamen allein 50 Milliarden aus Deutschland. Wenn Trump die EU zwingt, die Ukraine aufzunehmen, muss die EU 800 Milliarden für den Wiederaufbau der Ukraine zahlen.

In fünf bis zehn Jahren sollen europäische Truppen in der Ukraine Russland die Stirn bieten können. Man will Russland das Lithium wieder entreißen. Bei zwei Millionen Kriegstoten können die europäischen Eliten nicht mehr zurück. Eine Niederlage führt „unweigerlich dazu, dass abgerechnet wird. Dann gibt es Rücktritte und strafrechtliche Ermittlungen. Ohne die USA kann Europa Russland aber nicht niederringen. Deshalb wollen die europäischen Politiker die USA unbedingt dabei haben. Russland jedoch bewaffnet sich inzwischen mit Systemen – auch konventionell, nicht nur atomar – wogegen es keine Gegenwehr oder Verteidigung mehr gibt.

Der Krieg in der Ukraine ist „ein Krieg gegen die deutsche Bevölkerung und die Demokratie. Die Demokratie soll abgeschafft und durch eine neue Form der Diktatur ersetzt werden. Das Militär soll so hochgerüstet werden, dass man innere Unruhen niederschlagen kann.

Die deutsche Bevölkerung zeigt bisher kaum Gegenwehr. Zivilcourage und demokratischer Kampfgeist scheinen erlahmt. Im Gegenteil: man glaubt der journalistischen Mehrheitspropaganda, die die deutsche Geschichte gegen Russland umschreibt. Das ermöglicht eine „*Schuldumkehr*“. Anstatt die Schuld, den Mord von 27 Millionen Sowjetbürgern beim deutschen Überfall auf die UdSSR zu bekennen, wird das verdrängte Schuldgefühl als Aggression gegen Russland gelenkt.

Damit steht Deutschland vor der Welt (Süden-Osten) besudelt da. Es schweigt zum Genozid in Gaza, beliefert statt dessen Israel mit Waffen und trägt die mehr als 20.000 Sanktionen des Wertewestens gegen Russland mit. 150 Länder der Welt stehen gegen etwa 45, zu denen sich Deutschland zählt. Daher braucht es eine Wende der deutschen Politik, die nicht sichtbar ist.

Die Partei der Sarah Wagenknecht und die AfD sind keine wirklichen Hoffnungsträger für eine Wende der Politik. Sie bringen nicht die Millionen-Massen auf die Strasse. Beide trennt Sturheit und Rechthaberei wie übrigens auch die beiden Friedenskoordinationen, die in der Frage gespalten sind, ob Russland als „Alleinverantwortlicher“ für den Ukraine-Krieg hingestellt werden soll. Sie schwächen sich dadurch gegenseitig anstatt Redner – auch der AfD, die für Frieden mit Russland plädieren – auf den Bühnen zuzulassen. Für die Friedensbewegung gilt weiter die unrevolutionäre „Brandmauer“, obwohl diese Brandmauer „die Lebensversicherung des herrschenden Parteienkartells“ ist. Aber eben dieses Kartell führt Deutschland „in den Krieg“.

Die AfD ist in Flügel gespalten. Ein Flügel tritt für Frieden mit Russland ein, ein anderer, z.B. in der Bundestagsfraktion rechnet sich zu den Transatlantikern, die eher gegen Russland eingestellt sind. Wie es dort weitergeht ist noch eine offene Frage. Die Partei der Sarah Wagenknecht hat sich selbst ins Abseits begeben, indem sie in zwei Ländern im Osten der BRD mit den Blockparteien eine Koalition eingegangen ist. Damit ist sie zu einem unzuverlässigen Kandidaten geworden und hat damit ursprünglich vorhandene Hoffnungen betrogen.

Dass es in der Bundesregierung – schon seit Jahren – antirussische Positionen gegeben hat, zeigen Aussagen von Vertretern der Regierungskoalitionen. Darüber berichtete der Publizist Patrik Baab auf einer Lesung aus seinem Buch **„Auf beiden Seiten der Front“**.

Der Autor berichtete, er habe auf der Buchmesse in Frankfurt einen Vizepräsidenten des deutschen Bundestages getroffen. Der habe ihm frank und frei erklärt, man werde die russischen Öl- und Gasförderanlagen mit Tomahawks zerschießen. So werde man die Russen „kleinkriegen“. So etwas ähnliches hatte auch der letzte und schnauzbärtige „Kanzler“ des deutschen Reichs in seinem Buch „Mein Kampf“ veröffentlicht. Dort heißt es „wir treten Stalin die Tür ein.“ Das heißt, die augenblicklich offensichtlichen Kriegsvorbereitungen in Form von massiver militärischer Aufrüstung sind von langer Hand vorbereitet und man hat nur auf die „richtige Gelegenheit“ gewartet, nämlich den Krieg in der Ukraine. Jetzt riskiert man auch die Kumpanei mit ukrainischen Faschisten, was letzten Endes die faschistoiden Kräfte der Gesamt-EU stärkt.

Unterfüttert wird diese Entwicklung und vorangetrieben durch die EU-weite Einführung des

Digital Services Act „gegen Desinformation“, der schon heute massiv die Pressefreiheit bedroht und womit der Manipulation der Menschen durch Propaganda Tür und Tor geöffnet wird.

Inzwischen bleibt die Entwicklung in der Ukraine unbeeindruckt von deutschen Befindlichkeiten. Das Vorgehen der russischen Armee in der Ukraine kann zuletzt die Voraussetzung dafür schaffen, dass sich die Lage in Deutschland verändern kann - was aber für Deutschland ein sehr schmerzhafter Aufprall in der Realität bedeuten wird. Das wäre aber eine relativ glückliche Wendung - nur wenn es soweit ohne Krieg in Mittel(Nord)europa kommt.

Die westlichen Politiker werden – so oder so - dann vor den Trümmern ihrer Politik stehend erklären, „das haben wir nicht gewollt und nicht gewusst“ - aber hoffentlich dafür zur Verantwortung gezogen werden. Mit dieser Perspektive braucht Deutschland eine nach Millionen zählende Fundamentalopposition, um die Kriegsrhetorik die mit Sozialkürzungen verbunden wird, zu wenden. Nötig ist ein umfassendes „Bündnis für Frieden und Sozialstaat“ ohne Ausgrenzungen, wie bisher.